

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift
Tageblatt Riesa,
Bernstr. Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weichen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530,
Telefon:
Riesa Nr. 52.

Nr. 139.

Mittwoch, 18. Juni 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Kusthaag, Feste Tarife. Verwilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontos gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irrtümlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Kompromißverhandlungen im Reichstag.

Das Wortgefecht Frick — Wirth.

Obwohl es bisher nach außen hin den Anschein hat, daß zwischen dem Programm der Reichsregierung und der Stellung der Parteien keine Brücke gefunden werden kann, haben doch schon am Montag abend die Kompromißverhandlungen im Reichstage begonnen. Es gibt eine ganze Reihe von Parlamentariern, die der Auffassung sind, daß der Weg zum Kompromiß sich finden lassen wird, wenn die Regierung sich nicht auf die Einzelheiten ihres Programmes verweist. Das Kompromiß, das man gegenwärtig sucht, liegt etwa in der Richtung, daß das Notopfer auf 2 Prozent des Einkommens begrenzt wird und daß man es nur den Beamten auferlegt. Zum Ausgleich dafür denkt man an eine nochmalige Erhöhung der Biersteuer und der Tabaksteuer wofür sich bekanntlich die preussische Regierung einsetzt. Hier ergibt sich allerdings die Schwierigkeit, daß die Banerische Volkspartei bisher kategorisch abgelehnt hat, über eine Erhöhung der Biersteuer auch nur zu verhandeln. Vielleicht wird ein Ausweg in der Richtung gesucht, daß man nach den Vorschlägen des Präsidenten des Städtetages, Dr. Kulert, auf die Gemeindefiskalvermehrung zurückgreift.

Was die Reform der Arbeitslosenversicherung angeht, so ist es nicht ausgeschlossen, daß man schließlich doch noch zu den Reformvorschlägen der Reichsanstalt zurückkehrt, die bekanntlich nicht so weit gehen wie die des Reichskabinetts. Das große staats- und wirtschaftspolitische Reformprogramm, das in den Entschlüssen mehrerer Parteien gefordert worden ist, dürfte beim Zustandekommen eines solchen Kompromisses lediglich in Gestalt einer Resolution auftauchen, die dem Reichstag bei der Hausbesprechung vorgelegt wird. Natürlich ist im Augenblick noch nicht abzusehen, ob diese Kompromißbemühungen zu einem Ergebnis führen werden. Die Möglichkeit neuer Verbindungen ist an jedem Tage gegeben. Aber das Bestreben weiter parlamentarischer Kreise geht dahin, jetzt eine einigermaßen erträgliche Lösung zu finden und die Entscheidung der grundsätzlichen Fragen bis in den Herbst zu verschieben. Diese Auffassung wird durch die Erwägung gestärkt, daß der Hochsommer für Neuwahlen eine überaus ungeliebte Zeit ist. Für die Regierung wird die Belastungsprobe aber immer noch groß genug bleiben, da namentlich die Stellungnahme der Flügelparteien, ohne die es keine Mehrheit im Reichstag gibt, einstweilen noch völlig ungelöst ist.

Der Sitzungsbericht.

vds. Berlin, 17. Juni, 12 Uhr.

Die zweite Beratung des

Haushalts des Reichsinnenministeriums

wird fortgesetzt.

Abg. Freiherr v. Kardorff (Dsp.)

befähigt sich mit dem Problem der Ueberfüllung der Universitäten. Es sei jetzt so weit, daß im Jahre 1934 mit 324000 Stellenlosen Akademikern zu rechnen sei. Darin liege die Gefahr, daß ein akademisches Proletariat entstehe, das die Reihen der radikalen Gruppen rechts und links verstärken würde.

Angeichts dieser Gefahr muß geprüft werden, ob man nicht durch eine Verkürzung der Abgangsprüfung oder durch die Einführung einer besonderen Aufnahmeprüfung den Zugang zu den Universitäten erschweren sollte. Im Konflikt mit Thüringen bitten wir durchaus das Vorgehen des Ministers Dr. Wirth. Ich habe schon früher bedauert, daß ich in der thüringischen Regierung auch meine Parteifreunde in nationalsozialistischer Gesellschaft sehe. (Unruhe bei den Nat.-Soz.) Leider sind solche politischen Zwangsmaßnahmen eine Folge der Parlamentariererei in den Einzelstaaten. (Abg. Frick (Nat.-Soz.): Lösen Sie doch den Landtag auf!) Nationalsozialisten gehören nach ihrer ganzen politischen Einstellung nicht an leitende Beamtenposten. (Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) erhält wegen unparlamentarischer Zurufe zwei Ordnungsrufe.) Keine Reichsgewalt kann es sich gefallen lassen, daß in der Weise mit ihr Schindluder getrieben wird, wie es in Thüringen geschieht. Der Frick'sche Erlaß über die Schulgebühren war eine Blasphemie. (Große Unruhe bei den Nat.-Soz.) — Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) wird vom Präsidenten aus dem Saale gewiesen, als er ruft: „Das ist zum Kotzen!“ Die Nationalsozialisten sollten die Gebete beherzigen: „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinen Nächsten.“ „Du sollst den Feiertag heiligen!“ Dieses Gebot wird verletzt, wenn jeder Sonntag zu Demonstrationen mißbraucht wird.

Der bedauerliche Konflikt mit Thüringen beweist die Notwendigkeit einer Beschleunigung der Reichsreform, die Schritt macht mit der Selbständigkeit der Einzelstaaten. Bislang war gar kein Föderalismus. Er hat aber immer gegen den preussischen Partikularismus gekämpft, leider ohne Erfolg. Wir dürfen uns nicht länger als Preußen, Thüringer, Bayern fühlen, sondern als Deutsche. — Der Redner wendet sich dann gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Dr.

Spahn, erlucht aber gleichfalls um Aufhebung des Stahlhelmsverbots im Westen. Die Uniformverbote seien zu bekräftigen, die Durchsicherung des Waffenverbots müsse noch energischer erfolgen als bisher.

Für die Wahlreform sei nur entscheidend die Frage, ob man den Proporz beibehalten will oder nicht. Bleibt der Proporz bestehen, dann bleibt im wesentlichen alles beim alten. Wir als kleinere Partei halten am Proporz fest. Wir hoffen, daß uns eine Reichstagsauflösung erspart wird. Sie wäre zu verachten mit einem Selbstmord aus Angst vor dem Tode, denn der aus den Neuwahlen hervorgehende Reichstag würde auch nicht arbeitsfähig sein als der jetzige. Meine Freunde lehnen das Notopfer ab, sind aber bereit, an allen anderen Vorschlägen positiv mitzuarbeiten, und sie werden hier wie immer das Vaterland über die Parteien stellen. (Beifall b. d. Dsp.)

Abg. Drewitz (Dsp.)

führt aus, die Antipathie weiter Volkskreise gegen den neuen Staat richte sich nicht gegen die republikanische Staatsform, sondern sie sei auf das Gefühl zurückzuführen, daß die Verfassung nur für bestimmte Kreise in Deutschland in Anwendung gebracht wird. Die Wirtschaftspartei sei immer bestrebt gewesen, an der Gleichbehandlung positiv mitzuarbeiten; diese Mitarbeit sei ihr aber von den alten Parteien immer erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht worden. Wir bedauern, daß man jetzt vom „Notopfer“ und „Mittelhilfe“ spricht, statt das Kind beim rechten Namen zu nennen. Es ist doch so, daß wir seit 1927 Ausgaben beschließen haben, die wir heute nicht mehr aufrecht erhalten können. Dazu gehört auch die Beamtenbesoldungsreform. Die Anfurderung der Wirtschaft darf nicht mit Lohnabbau beginnen, sondern mit einem Abbau der Gehaltskosten.

Wenn das Wahlalter auf 24 Jahre heraufgesetzt wird, dann wird erstens die Zahl der Mandate auf ein vernünftiges Maß vermindert und zweitens kann sich dann der Nationalsozialist Dr. Frick seine Wähler mit der Laterne suchen. Zur Reichsreform werden wir ganz von selbst kommen unter dem Druck der wirtschaftlichen Not. Ich traue dem alten System nicht nach, aber das Gute aus diesem System wollen wir in den neuen Staat übernehmen, die Förderung der Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit des Staatsbürgers. Wir müssen die Ausgaben senken. Dazu gehört auch eine Aenderung des Besoldungsgefüges. Wir müssen vorgehen gegen die Doppelverdiener, gegen die hohen Pensionen, gegen die übermäßig hohen Gehälter und gegen den Ungehör der Ministerialsalarien. Wir verlangen auch eine Herabsetzung der Aufwandsentschädigungen für die Abgeordneten. Wir bekennen uns zur Republik, aber nicht zur sozialistischen, sondern zur bürgerlichen! (Beifall bei der Wirtschaftspartei.)

Abg. D. Rumm (Christl.-Nat.)

bedauert die Zuspitzung des Konflikts mit Thüringen. Der Schulgebet-Erlaß ist zwar nach Anordnung, aber nicht im Einvernehmen mit der Kirchenverwaltung herausgegeben. Einige der empfohlenen Gebete sind mit dem Geist der christlichen Religion nicht vereinbar. Das Schulgebet bedarf sorgfältiger Vorbereitung, aber es darf nicht aus finanziellen Gründen verzögert werden. Der bedenkliche Gebetenrückgang sollte dazu führen, daß den kinderreichen Familien größere steuerliche Erleichterungen gewährt werden. Die Uebersteigerung des Berechtigungsmaßes muß aufhören.

Einsichtlich des Stahlhelmsverbots kommen wir hoffentlich bald auf dem Wege ruhiger Verhandlung zu einer befriedigenden Lösung. Wir wünschen die beschleunigte Verlesung des Reichsstatutengesetzes. Beim Rundfunk werde ich mich dagegen, daß Weltanschauungen zum Wort kommen, die ich bekämpfe, aber ich bedauere die Seichtheit, die unbedeutende Art eines so großen Prozentsatzes der Darbietungen. Wir wollen nicht die Wiederherstellung einer Staatskirche, sondern eine klare Unterscheidung zwischen den Aufgaben des Staates und der religiösen Gemeinde.

Abg. Leicht (Bayr. Sp.)

titelt den Minister, sich nicht durch Parlamentsreden zu einem überhöhten Tempo in der Frage der Reichsreform drängen zu lassen. In der Frage des Konflikts mit Thüringen können wir uns dem Abg. von Kardorff anschließen. In das christliche Gebet darf eine politische Partei nicht hineinreden. In das Gebet darf man auch nicht die Verurteilung ganzer Volksgruppen einfließen lassen.

Abg. Dr. Kälig (Dem.)

Der Minister hatte die Pflicht, die Polizeizuschüsse an Thüringen zu sperren. Ein Nationalsozialist kann unmöglich als leitender Polizeibeamter wirken. Vom Standpunkt eines deutschen Ehrenmannes und Beamten ist es unmöglich, daß der selbe Mann, der sich als Todfeind des Staates bekennet, gleichzeitig als Schützer der Ordnung dieses Staates auftritt. Die Reichsreform muß endlich energisch in Angriff genommen werden. Wir müssen zum dezentralisierten Einheitsstaat kommen. Auf dem Gebiete der Justiz führt die fehlende Reichseinheit dazu, daß ein Menschenleben in den verschiedenen Reichsgebieten ganz verschieden gewertet wird. Wäre Jakobowski zufällig statt in Medien-

burg-Strelitz in Mecklenburg-Schwerin verurteilt worden, so würde die Todesstrafe an ihm nicht vollstreckt worden sein. Wir wollen auch eine Wahlreform mit dem Ziel, daß die Verantwortlichkeit im verkleinerten Wahlkreis sich ihr Mandat erkämpfen muß. Dätten wir ein solches System, so würde mancher Abgeordnete jetzt nicht im Reichstag sitzen. Der Verein für das Deutschtum im Auslande ist absolut überparteilich. Wer in seinen Reihen verstanden würde, eine Front gegen bestimmte Volksgruppen zu bilden, würde rüchrichtlos entfernt werden. Hinter dem Wort „Kulturvolkswidmung“ steht kein laibbarer Begriff. Wir verlangen Toleranz und Achtung vor jeder Weltanschauung. Darum wenden wir uns auch gegen den Schulgebet-Erlaß.

Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.):

Der Streit Thüringen-Reich ist von den beiden letzten Innenministern zur Grateske gemacht worden. Wenn wir die Spernung der Polizeizuschüsse mit derselben Methode erwidern wollten, dann könnten wir die thüringischen Finanzämter anweisen, keine Gelder mehr an das Reich abzuführen. (Lachen links.) Severins Schreiben wegen der Vereinigung „Adler und Falken“ wurde vom thüringischen Gesamtkabinett als ein unzuverlässiger Eingriff in die Landesautononomie betrachtet und behandelt. (Hört! Hört!) Als dann Dr. Wirth Innenminister wurde, überlegte er sich, daß in Thüringen alles in bester Ordnung sei. (Gelächter und Widerspruch.) Beim ersten Ausbruch des Konflikts war in der Thüringer Polizei noch nicht das geringste geändert. (Hört! Hört! bei den Nat.-Soz.) Als dann auf Anordnung der Entente die Kommunalpolizei in den größeren Städten verstaatlicht werden mußte, habe ich bei der Auswahl der leitenden Beamten nicht nach dem Parteibuch gefragt, sondern nach der dienstlichen Befähigung. Weil einer dieser Beamten Nationalsozialist geworden war, wollte man seine Ernennung nicht dulden und iperrie wiederum die Polizeizuschüsse. Es ist nicht wahr, daß die Nationalsozialisten mit Gewalt die Verfassung kürzen wollen. Das wäre nicht nur ein Verbrechen, sondern eine Dummheit. (Rufe links: „Und der Münchener Putsch?“) Bei der nationalen Erhebung vom November 1921 lagen die Verhältnisse ganz anders. Das war die Reaktion auf den Landesverrat von 1920. (Zwischenrufe links und rechts.) Die nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Goebbels und Dreher erhalten mehrere Ordnungsrufe, eben so der sozialdemokratische Abgeordnete Ruhn. — Abg. Graf zu Reventlow (Nat.-Soz.) wird vom Vizepräsidenten über zur Ordnung gerufen, weil er dessen Verhandlungsführung als parteilich bezeichnet.

Ich habe auch die neuen leitenden Polizeibeamten verpflichtet, ihr Amt unparteilich zu verwalten. Es widerspricht allen Grundätzen der Verfassung, wenn man erklärt, daß ein Nationalsozialist nicht Minister werden könne. (Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) macht einen Zuruf. — Abg. Dr. Goebbels (Nat.-Soz.) ruft: „Was hat der Jude da zu sagen?“ — Vizepräsident Effert weist daraufhin den Abg. Dr. Goebbels aus dem Saale.)

Die von mir empfohlenen Schulgebete enthalten keinen Angriff gegen irgend eine Volksgläubigkeit. Ich habe in der Erläuterung gesagt, daß sie sich gegen die aris- und volkfeindlichen Elemente richten und daß zu diesen Elementen in erster Linie die Juden gehören. (Unruhe.) Es handelt sich nicht um Hassgebete, sondern um Freiheitsgebete. (Lärm links.) Es steht fest, daß die Sozialdemokraten im Jahre 1918 Volksverrat und Landesverrat getrieben haben. (Große Unruhe bei den Soz., minutenlang anhaltender Lärm.) Der Innenminister sollte statt gegen diese Gebete lieber gegen die schamlose Abtreibungspropaganda vorgehen, die vom Wafferkopf Berlin ausgeht.

Ich habe die Verfassung des Reiches und des Landes Thüringen beschworen und ich werde diesen Schwur auch halten. Ich habe aber nicht geschworen, in Thüringen Berliner Politik zu machen. Ich führe die Politik in dem neuen Geist von Weimar, wie ich ihn verfolge, im Geiste des Widerstandes gegen Verrat und Unterdrückung. (Beifallsklatschen bei den Nat.-Soz.)

Reichsinnenminister Dr. Wirth:

Der Abgeordnete Dr. Frick hat nicht erwähnt, daß der thüringische Staatsminister Baum sich in sehr scharfer Form von dem Vorgehen von Dr. Frick distanziert hat. Welleicht ist es in Thüringen so, daß der eine Minister nicht liest, was der andere gesagt hat. (Gelächter.) Wenn in den von Dr. Frick empfohlenen Schulgebeten Gottes Strafe für Landesverrat und Volksverrat erlischt wird, so werden die Schüler doch fragen, wie es damit steht. Der gewissenhafte Lehrer wird dann auf die verschiedenen Hochverratsfälle eingehen und vielleicht spricht er auch davon, daß der jetzige Minister Dr. Frick wegen eines Verfalls des Hochverrats zu einem Jahr und drei Monaten Festungshaft verurteilt worden ist. (Hört! Hört!) Solche Streitfragen dürfen überhaupt nicht mit dem Gebet verquickt werden.

Ein evangelischer Theologe erklärt in seinem Gutachten, wenn in Fricks Gebeten die Strafe Gottes für das Unrecht anderer erlischt wird, so sei das nicht evangelisch, sondern setze einen starken Anstoß an die Lehren des alten Testa-